

## KARIKATUR DER WOCHE



## Fragwürdige Vorteile des dezentralen US-Wahlsystems

*Anders als vielfach angenommen, schützt das amerikanische Wahlsystem keineswegs vor dem direkten Angriff auf die Integrität des Wahlprozesses durch den Präsidenten und seine Anhänger im Kongress.*  
**Gastkommentar von George Sheldon**

Im Kommentar «Eine verdiente Niederlage der Demokraten» (NZZ 21. 1. 22) wurde der Eindruck erweckt, dass der Versuch der Demokraten im US-Kongress, mit zwei Gesetzesvorlagen dem von den Einzelstaaten organisierten Wahlrecht einheitliche Mindeststandards aufzuerlegen, ein Angriff auf den amerikanischen Föderalismus sei. Die Tradition, dass die Gliedstaaten die Wahlen regeln und durchführen, sei gerade eine Stärke des amerikanischen Wahlverfahrens. Dadurch hätten Trump und seine Anhänger, als sie das Ergebnis der jüngsten Präsidentenwahl verändern wollten, keinen «direkten Zugriff auf die Integrität des Wahlprozesses gehabt». Demzufolge sei es gut, so der Autor, dass die Gesetzesvorlagen Schiffbruch erlitten hätten.

### Gegen unliebsame Minderheiten

Das kann man als Amerikaner allerdings auch ganz anders beurteilen, wenn man auf die amerikanische Geschichte zurückblickt. Diese zeigt nämlich, dass die im Kommentar hochgelobte dezentrale Organisation von Wahlen in der Vergangenheit in erster Linie dazu gedient hatte, politisch unliebsame Minderheiten an der Stimmenabgabe zu hindern.

Als Paradebeispiel dienen die schändlichen Jim-Crow-Gesetze. Sie entstanden nach dem sogenannten Kompromiss von 1877, der nach der umstrittenen Wahl 1876 die Präsidentschaft dem republikanischen Kandidaten Rutherford B. Hayes zusicherte und im Gegenzug zum Abzug der nach dem Bürgerkrieg in den Südstaaten stationierten Bundestruppen führte.

Die Soldaten hatten die Aufgabe gehabt, das Wahlrecht für Afroamerikaner durchzusetzen, das durch den 14. und den 15. Zusatzartikel zur Verfassung der USA garantiert wird, die in den 1860er Jahren verabschiedet worden waren. Mit dem Abzug der Bundestruppen kam es dann schnell zu

Fällen, in denen die Gesetzgebung durch den südlichen Flügel der Demokratischen Partei übernommen wurde, der damit begann, Gesetze zu verabschieden, welche die Schwarzen entrechteten. Erst die 1965 verabschiedete Voting Rights Act, die diskriminierende Wahlgesetze bundesweit verbot, konnte diesen Praktiken ein Ende setzen. Sie erhielten den Namen Jim Crow in Anspielung auf eine beliebte schwarze Figur aus den im 19. Jahrhundert in den USA aufgeführten Varietés.

Wie nicht anders zu erwarten, kam die Voting Rights Act beim südlichen Flügel der Demokratischen Partei nicht gut an. Daraufhin wechselten diese sogenannten «Dixiecrats» mit tatkräftiger Unterstützung republikanischer Strategen wie Goldwater und Nixon zur Republikanischen Partei über, also zur Partei von Abraham Lincoln, der die Sklaverei in den USA abgeschafft hatte. Diese sogenannte «Southern Strategy» der Republikanischen Partei hatte zur Folge, dass die Republikaner erstmals und dauerhaft zur dominanten politischen Kraft in den Südstaaten wurden.

### Antwort auf die Niederlage Trumps

In den letzten Monaten haben die Republikaner als Antwort auf die Wahlniederlage von Trump zahlreiche Wahlrechtsreformen in den von ihnen dominierten Gliedstaaten verabschiedet. Nach Einschätzung des Brennan Center for Justice an der renommierten New York University zielen sie in erster Linie darauf ab, den Bürgern die Stimmabgabe zu erschweren, wobei in vielen Fällen insbesondere nichtweisse und damit mehrheitlich demokratische Wählerschichten benachteiligt würden. Die jüngst von den Republikanern im Senat abgelehnten Gesetzesvorlagen hätten diesem Bestreben einen Riegel vorschieben sollen.

Derartige Eingriffe des Kongresses in das dezentrale Wahlsystem sieht die Verfassung der USA

im Übrigen ausdrücklich vor, und sie gelten keineswegs als ein Angriff auf den Föderalismus. So schreibt Artikel 1 Abschnitt 4 vor, dass Zeit, Ort und Art der Abhaltung von Wahlen in jedem Gliedstaat von dessen Gesetzgebern festzulegen seien und dass der Kongress jederzeit per Gesetz solche Vorschriften erlassen oder ändern könne.

Ausserdem schützt das dezentrale US-Wahlsystem eben nicht vor dem direkten Angriff auf die Integrität des Wahlprozesses durch den Präsidenten und seine Anhänger im Kongress. Diese Gefahr geht vielmehr aus der sogenannten Electoral Count

Act von 1887 hervor. Auf diesem Gesetz beruhen denn auch die Versuche der Trump-Anhänger im Kongress, am 6. Januar letzten Jahres das Ergebnis der Präsidentschaftswahl zu kippen.

Die Möglichkeit dazu ergibt sich aus dem Tatbestand, dass der Kongress die Ergebnisse von Präsidentschaftswahlen noch zu zertifizieren hat. Dafür liegt ihm von jedem Gliedstaat eine Elektorenliste vor, die wiedergibt, wie die Elektoren einzeln abgestimmt haben. Jedem Gliedstaat stehen so viele Elektoren zu, wie er Kongressmitglieder hat, also mindestens drei (denn er hat zwei Senatoren und mindestens einen Abgeordneten), und jede Liste ist einem einzelnen Kandidaten zugeordnet.

Die Voten der Wähler bestimmen, welche Elektorenliste für den jeweiligen Gliedstaat gilt. Dieses indirekte Wahlprozedere ist dem Tatbestand geschuldet, dass die Gründungsväter die Wahl des Präsidenten dem als leicht beeinflussbar angesehenen Volk nicht zutrauten und deshalb die Aufgabe dem Kongress überlassen wollten, aber aus Sorge um die Gewaltentrennung Wahlmänner dazu beauftragten. Diese sollten dem Gemeinwohl verpflichtet sein.

### Zulassung der Elektorenlisten

Nun kann es vorkommen, dass der Kongress mehrere sich widersprechende Elektorenlisten von einem Einzelstaat bekommt. So war es bei der umstrittenen Präsidentschaftswahl 1876, was zehn Jahre später zur Verabschiedung der Electoral Count Act führte. Diese legt fest, dass in solchen Fällen die zwei Kammern des Kongresses über die Zulassung der Elektorenlisten abzustimmen haben.

Wenn sich die beiden Kammern des Kongresses nicht einigen können, bekommt der Gouverneur des jeweiligen Gliedstaats das letzte Wort. Ausserdem lässt das Gesetz zu, dass die von den Staaten vorgelegten Elektorenlisten von den Kongressmitgliedern beanstandet werden können, selbst wenn keine berechtigten Bedenken bestehen. Dabei entscheidet der Kongress, ob eine Wählerliste von einem Gliedstaat ungültig ist und vor allem was Ungültigkeit heisst.

Über diese Schiene haben die Trump-Anhänger im Kongress bei der Auszählung der Elektorenstimmen am 6. Januar das Wahlergebnis zu kippen versucht. Die Mehrheitsverhältnisse im Kongress sowie das Verantwortungsbewusstsein der Mehrzahl seiner Mitglieder und nicht etwa das dezentrale Wahlsystem konnten dies verhindern.

Inzwischen wird die Gefahr, dass es in Zukunft auf Basis der Electoral Count Act zu einer Verfälschung des Willens des Stimmvolkes kommen könnte, anscheinend von beiden Parteien im Kongress gesehen. Die Republikaner haben den Demokraten denn auch dazu Hand geboten, durch eine Gesetzesänderung die Gefahr zu bannen. Es wird sich erst weisen müssen, ob dies lediglich eine Finte oder ernst gemeint ist.

George Sheldon ist Staatsbürger der USA und emeritierter Professor der Wirtschaftswissenschaft an der Universität Basel.

Inzwischen wird die Gefahr, dass es in Zukunft auf Basis der Electoral Count Act zu einer Verfälschung des Willens des Stimmvolkes kommen könnte, anscheinend von beiden Parteien im Kongress gesehen.